

DSE-Tagung am 10.05.2010 in der Österreichischen Nationalbibliothek Aktive Arbeitsmarktpolitik in Wien und München

Abstracts

Die vollständigen Präsentationsunterlagen aller ReferentInnen finden Sie auf Nachfrage im DSE-Büro unter office@dse-wien.at oder der Tel.Nr. (01) 720 38 80.



Panel 1: 9.30 bis 11.00 Uhr Institutionelle Rahmenbedingungen und Herausforderungen urbaner Arbeitsmarktpolitik

Marcel Fink, Universität Wien, Institut für Staatswissenschaft Institutionelle Rahmenbedingungen und Strukturwandel am Arbeitsmarkt – arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Herausforderungen

In den 1980er Jahren mehrten sich in der Sozialwissenschaft dahin gehende Befunde, dass wir am Ende der „Arbeitsgesellschaft“ stünden. Die Aussagen war, dass Erwerbsarbeit objektiv und subjektiv ihre Zentralität verliere und auf individueller Ebene durch andere Elemente zur Definition von Identitäten ersetzt werde. Inzwischen wissen wir, dass diese Entwicklung nicht eingetreten ist. Integration in Erwerbsarbeit steht – jedenfalls in ihren programmatischen Aussagen - ganz oben auf der Prioritätenliste politischer EntscheidungsträgerInnen. Das Selbe gilt auch für die Bevölkerung insgesamt und selbst bei Jugendlichen ist Arbeitslosigkeit die Zukunftsangst Nr. 1.

Was sich allerdings tatsächlich verändert hat, sind die Bedingungen auf den Arbeitsmärkten. Mit der zunehmenden „De-Industrialisierung“ gingen unter anderem die folgenden Phänomene einher: Abnehmende Dauerhaftigkeit von Jobs (jedoch Personenmerkmalen ungleich verteilt), zunehmendes Outsourcing und ein Anstieg von 1-Personen-Unternehmen, zunehmende Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, ansteigende Atypisierung, mehr Lohnungleichheit, eine weitere Ausdifferenzierung von Chancen & Risiken nach Formalqualifikation, ein steigender Bedarf zu laufenden Re-Qualifizierung sowie zunehmende zeitliche Flexibilitätsanforderungen (zeitliche Verfügbarkeit etc.).

Besondere Probleme (so genannte Neue postindustrielle Soziale Risiken / NSR) existieren vor diesem Hintergrund für niedrig qualifizierte Personen und für Personen, die zusätzlich Reproduktionsarbeit leisten (also vor allem Frauen). Die öffentlichen Angebote (aktive Arbeitsmarktpolitik, bedarfsgerechte und leistbare soziale Dienstleistungen), die insbesondere diesen Personen im Sinne einer Ausweitung ihrer Strategiefähigkeit zu Gute kommen würden sind – trotz einer schrittweisen Verbesserung – in Österreich nach wie vor defizitär. Das Selbe gilt für die materielle Absicherung von durch Arbeitslosigkeit betroffene (insbesondere nach einer Niedriglohnarbeit). Und die – vielfach nicht solidarische – Lohnpolitik ist ein Thema für sich.

Damit sind insgesamt weit reichende Probleme der Verteilung angesprochen. Betreffend die monetäre Bewertung unterschiedlicher beruflicher Tätigkeiten genauso wie innerhalb der tradierten und darum zu einem gewissen Grad pfadabhängigen sozialstaatlichen Aktivitäten (d.h. betreffend die Frage, für wen bzw. für was hier wie viel Geld ausgegeben wird). Es ist genau dieser letzte Punkt, der breitere bedarfsgerechte Reformen, die ihren Namen verdienen, so schwierig machen.

Gerd Mutz, Hochschule München

Strukturelle Verfasstheit und Entwicklungsperspektiven des Münchner Arbeitsmarktes

Die Struktur des Münchner Arbeitsmarktes scheint optimal zu sein: ausgewogene Branchenstruktur, geringe Arbeitslosenquote, ausreichend Jobs für hoch und gering Qualifizierte sowie eine Vielzahl städtischer Programme für jene, die dennoch nicht auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ integriert werden können. Aus allein wirtschaftlicher Perspektive sind dies – im Vergleich mit anderen europäischen Städten – sehr günstige Bedingungen für Unternehmen und Beschäftigte.

Sieht man die Wirtschaft Münchens jedoch eingebettet im gesamten gesellschaftlichen Kontext, so trübt sich das Bild, denn die Attraktivität Münchens treibt zugleich die Lebenshaltungskosten in die Höhe. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen gefährden zunehmend den Zusammenhalt der Münchner Stadtgesellschaft. Das Dritte System im engeren Sinne erweist sich als wenig ausgeprägt, insbesondere Bereiche der Social Economy sind schlecht entwickelt. Auch im globalen Kontext wird seitens der LH München zwar viel getan, es ist aber trotz bemerkenswerter Programme (bspw. Öko-profit) noch wenig erreicht. So ist etwa das Leitbild „Nachhaltiges Wirtschaften“ (bspw. CSR) noch wenig verbreitet und kaum präzisiert.

Die Wirtschaft Münchens sowie Arbeits- und Lebensbedingungen werden nur dann zukunftsfähig sein, wenn Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft Kooperationsformen (er-)finden, um die Entwicklung der Stadtgesellschaft nachhaltig zu gestalten.

Roland Atzmüller, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt/FORBA

Struktur und Entwicklungsperspektiven des Wiener Arbeitsmarktes

Der Beitrag beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Veränderungen in Wien in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten (z.B. Wachstum des Dienstleistungssektors). Diese wurden durch den EU-Beitritt, die Ostöffnung und Erweiterung der EU noch beschleunigt. Wien wurde aus einer Stadt in peripherer Lage zu einer dynamischen Metropole. Die wirtschaftlichen Entwicklungen haben zusammen mit der Veränderung der politischen Rahmenbedingungen zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Probleme am Arbeitsmarkt seit den 1990er Jahren geführt, die die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf städtischer Ebene vor massive Herausforderungen stellen. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Niedrigqualifizierte, Männer, Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren und MigrantInnen. Die skizzierten Entwicklungen zeigen, dass Städte ein wesentlicher Ort sind, an denen der soziale Zusammenhalt im wissensbasierten Kapitalismus hergestellt und soziale Exklusion bekämpft werden muss.

Panel 2: 11.30 bis 12.30 Uhr

Städtische Antworten auf arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in Wien und München

Anneliese Durst, Stadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft

Münchener arbeitsmarktpolitische Ansätze und Ziele unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich in München eine kommunale Arbeitsmarktpolitik entwickeln können. Die Begründungen für ihre Legitimation sind heute so überzeugend wie damals. In einer Gesellschaft, in deren Normensystem Arbeit als höchst positiv bewertet wird, birgt Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit ein enormes persönliches und gesellschaftliches Konfliktpotenzial in sich. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht zuletzt auch quantitativ zu einem Problem geworden, das die Stabilität der Industriegesellschaften in Frage stellen kann.

Staatliche Hilfestellungen wie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, inklusive Arbeitsgelegenheiten greifen bei struktureller Verkrustung der Langzeitarbeitslosigkeit oft zu wenig. Kommunen sind gut beraten ihre Erfahrungen und Lösungsvorstellungen in diese Diskussion einzubringen. Das Münchner kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) mit seinen spezifischen Maßnahmen und arbeitsmarktpolitischen Ansätzen ist hierfür ein gutes Beispiel. Für das MBQ wurden folgende arbeitsmarktpolitische Handlungsfelder formuliert:

- Abbau von Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt
- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitssuchenden und Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und deren Beschäftigten an den sozio-ökonomischen Wandel
- Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt
- Stärkung des Ausbildungsstandortes München

Entsprechend seinen Schwerpunktsetzungen wird das MBQ in folgenden Teilprogrammen umgesetzt: Programm Zweiter Arbeitsmarkt; Unterstützung des Strukturwandels und Münchner Sonderprogramm gegen Jugendausbildungs- und –arbeitslosigkeit. Dafür stellt der Stadtrat der Landeshauptstadt München jedes Jahr rd. 28 Mio. € an freiwilligen Leistungen zur Verfügung. Ein Großteil der Mittel in Höhe von 26 Mio. Euro fließt in den Programmbereich 2. Arbeitsmarkt. Mit dem Programmbereich 2.Arbeitsmarkt werden alle Maßnahmen, Projekte, Aktivitäten beschrieben, die auf die Förderung von langzeitarbeitslosen Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf gerichtet sind. Von den Förderprojekten- und -maßnahmen des MBQ profitieren in 2010 voraussichtlich 10.000 Münchner Bürgerinnen und Bürger durch Qualifizierungen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Beratungen. Die kommunale Arbeitsmarktförderung in München ergänzt somit die zentral gesteuerte und staatlich verantwortete Arbeitsmarktpolitik um Maßnahmenangebote, die im Unterschied zu den gesetzlich normierten Leistungen stärker regionale Besonderheiten aufgreifen und somit eigene, stadtpolitisch bedeutsame, Akzente setzen können.

Fritz Meißl, Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds

Wiener arbeitsmarktpolitische Ansätze und Ziele unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Auf Initiative der Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen hat die Wiener Landesregierung 1995 als erstes Bundesland in Österreich mit dem *waff* (Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds) eine eigene kommunale Einrichtung für aktive Arbeitsmarktpolitik geschaffen. Als Fonds der Stadt Wien ist er der Geschäftsgruppe für „Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke“ unter der Führung von Frau VBgmst.ⁱⁿ Mag.^a Renate Brauner zugeordnet. 2010 hat sich der *waff* zum Ziel gesetzt, mindestens 28.600 Wiener ArbeitnehmerInnen und mehr als 1.100 Wiener Unternehmen und Betriebe mit unterschiedlichen Maßnahmen zu unterstützen. Der Wirtschaftsplan für 2010 hat ein Volumen von rund 58 Mio. Euro. Das Arbeitsprogramm umfasst Programme und Initiativen, die sich insbesondere an drei wesentliche Zielgruppen richten:

- Der *waff* unterstützt 14.600 arbeitslose Personen bzw. BerufseinsteigerInnen in enger Kooperation mit dem AMS Wien. Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen zur Verhinderung von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Im Februar dieses Jahres konnte mit der „Wiener Ausbildungsgarantie“ erstmals allen jungen Menschen, die auf der Suche nach einem Job bzw. einer Ausbildungsmöglichkeit sind, ein den unterschiedlichen Problemstellungen angemessenes Unterstützungsangebot gemacht werden.
- Der *waff* bietet 11.200 berufstätigen WienerInnen ein österreichweit einzigartiges Angebot an Information, Beratung und finanzieller Förderung für Qualifikationsmaßnahmen und Weiterbildung.
- Der *waff* unterstützt rund 1.100 Wiener Unternehmen bei der Suche nach passenden MitarbeiterInnen und bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten.

Daneben hat der waff im Rahmen des Territorialen Beschäftigungspakts Wien spezifische Funktionen und Aufgaben bei der Beteiligung und Abwicklung verschiedener arbeitsmarktrelevanter EU-Programme auf Wiener Ebene übernommen. Für den *waff* ist die Zusammenarbeit aller wichtigen Institutionen im Bereich Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik eine wesentliche Voraussetzung für mehr Beschäftigungschancen und einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben die Wiener Sozialpartner in den Organen des waff eine tragende Rolle. Ebenso selbstverständlich ist eine enge Kooperation mit dem AMS Wien, der Wiener Wirtschaftsagentur, den Geschäftsgruppen „Soziales“, „Jugend“ sowie „Frauen und Integration“.

Panel 3: 14.00 bis 15.30 Uhr

Hartz IV – Bedarfsorientierte Mindestsicherung und Langzeitarbeitslosigkeit

Jakob Grau, ARGE für Beschäftigung, München

Hartz IV und der Umgang mit Langzeitarbeitslosen in München

Mit der Zusammenführung der beiden steuerfinanzierten Lohnersatzleistungen „Arbeitslosenhilfe“ (Agentur für Arbeit) und „Sozialhilfe“ (Sozialämter) durch das Sozialgesetzbuch II (SGB II) bezogen in der Landeshauptstadt München rund 45.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige Leistungen zur Grundsicherung; hinzu kamen rund 16.000 Sozialgeldempfänger (Schüler, ..). Insgesamt lebten die Bezugsberechtigten in ca. 41.000 „Bedarfsgemeinschaften“ (Haushalten).

Mit dem SGB II wurden auch die bisherigen Sozialhilfe-Empfänger in die aktive Arbeitsförderungsprogramme des Bundes einbezogen: Das Motto hierzu heißt: **Fordern und Fördern**. Die Instrumente der Arbeitsförderung wurden dabei im Wesentlichen aus dem Sozialgesetzbuch III übertragen und durch das Instrument der „Arbeitsgelegenheiten“ (1-Euro-Jobs) erweitert. Zum Jahreswechsel 2008 wurden die Instrumente flexibilisiert und der Beschäftigungszuschuss (3. Arbeitsmarkt) eingeführt. Erstmals gab es in Deutschland ein Förderinstrument, das auf Dauer eine Beschäftigungsmöglichkeit für jemanden bieten sollte, der/die als nicht mehr auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelbar erschien.

Zur Exekutive des Sozialgesetzbuches II wurde in München eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Landeshauptstadt (Sozialreferat und Referat für Arbeit und Wirtschaft) und der Agentur für Arbeit München durch einen Kooperationsvertrag begründet. Die Rechtsform dieser ARGE ist eine GmbH. In der ARGE flossen die Kompetenzen der Agentur für Arbeit (Arbeitsvermittlung und -förderung) und der Landeshauptstadt (Sozialarbeit, MBQ) zusammen. In Anbetracht der schon seit Anfang der 90`er Jahre engen Kooperation – insbesondere hinsichtlich eines 2. Arbeitsmarktes – konnte die ARGE schon zu ihrem Beginn im Jahr 2005 auf bestehende Strukturen aufbauen. So gelang es auch bereits seit 2007, nahezu sämtliche Fördermittel des Bundes auszuschöpfen. Von Jahr zu Jahr nahm die Zahl der Teilnehmereintritte in Maßnahmen zu (2009: 22.000) und die Ausschöpfungsquote der Haushaltsmittel betrug 99,6% (43 Mio. Euro + 26 Mio. MBQ-Mittel).

Von Anfang zielte die Arbeitsmarktpolitik der ARGE darauf, Langzeitarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen und zu vermeiden. Deshalb arbeitete die ARGE auch eng mit privaten Vermittlungsagenturen zusammen. Insbesondere die Kooperation mit aus Australien und England stammenden Partnern ergänzten die bisherigen Herangehensweisen.

Als eine besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Zielgruppe wurden die über 50-jährigen Arbeitnehmer identifiziert. Deshalb bewarb sich die ARGE München schon 2005 erfolgreich an einem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ausgeschriebenen Ideenwettbewerb bessere Integrationsstrategien für diesen Personenkreis. Seit 2006 werden jährlich ca. 1000 Arbeitnehmer dieser Altersgruppe über dieses Programm in München integriert. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen, die länger als 12 Monate in der ARGE gemeldet sind, von Oktober 2006 (18500) bis heute auf 10900 Personen.

Roland Sauer, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Maßnahmen in Umsetzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

In seinem Beitrag wird Roland Sauer berichten, welche Maßnahmen das Arbeitsmarktservice in Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, insbesondere in Wien, plant. Aufbauend auf die Erfahrungen des Pilotprojektes „Step 2 job“ in Floridsdorf und Donaustadt (21. und 22. Wiener Gemeindebezirk), durch das der Zugang für SozialhilfebezieherInnen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verbessert, die Betreuung intensiviert und die Kontinuität in der Betreuung gewährleistet werden soll, wird das AMS seine Maßnahmen und Angebote für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung weiter entwickeln.

Peter Stanzl, MA 24 Gesundheits- und Sozialplanung Sozialhilfe in Wien vor Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

In seinem Beitrag wird Peter Stanzl auf aktuelle Entwicklungen in der Sozialhilfe sowie auf den Umsetzungsstand in Bezug auf die Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung eingehen. Vor allem eine stärkere Erwerbsorientierung sowie eine bessere Kooperation zwischen Arbeitsmarktservice und Sozialhilfebehörde waren in den Verhandlungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung ein wichtiges Anliegen des Landes Wien. Bereits seit Ende 2009 läuft in Wien ein Pilotprojekt zur Reintegration von SozialhilfebezieherInnen (STEP2JOB). Durch das Projekt soll der Zugang für SozialhilfebezieherInnen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verbessert, die Betreuung intensiviert und die Kontinuität in der Betreuung gewährleistet werden. Peter Stanzl wird in seinem Beitrag über erste Ergebnisse der neuen Maßnahme sowie über Zwischenergebnisse der derzeit laufenden Sozialhilfestudie "Erwerbspotenzial in der Sozialhilfe" berichten.